



Foto: CS

Welche Landwirtschaft will die Schweizer Bevölkerung? Das Referendum soll helfen, diese Frage breit zu thematisieren.

# Referendum gegen die AP 2014-17

**Interview** Drei Sektionen von Uniterre haben das Referendum gegen die Agrarpolitik 2014-17 ergriffen. Rudi Berli von der Sektion Genf gibt im dlz-Interview Auskunft über die Überlegungen, die ihn zu diesem Schritt bewogen haben.

**dlz** Rudi Berli, welche Personen und Organisationen haben sich bisher entschlossen, das Referendum gegen die AP 2014-17 zu ergreifen bzw. zu unterstützen?

Berli: Das Referendum wurde lanciert von den Uniterre-Sektionen Genf, Zürich und Waadt, gemeinsam mit La Vrille, also der Gruppe rund um die beiden Genfer Weinbauern Willy Cretegy und Françoise Berger. La Vrille hatte bereits bei der AP 2011 und gegen die Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzip Unterschriften gesammelt.

Ebenfalls von Anfang an dabei war Landwirtschaft 2020; das ist eine neuere Vereinigung von Kleinbauern. In einem zweiten Schritt hat sich ein Komitee von Deutschschweizer Bauern gebildet, die parteipolitisch der SVP zuzuordnen und in kantonalen Parlamenten aktiv sind. Zu diesem Komitee gehören unter anderem Samuel Graber, Präsident des Schweizer Kälbermäster-Verbandes (SKMV) und Grossrat im Kanton Bern. Weiter ist dabei Ernst Schibli, Gemüseproduzent im Kanton Zürich, Fritz Ruchti, der im bernischen Seeland einen Ackerbaubetrieb führt,

sowie Martin Haab aus Mettmenstetten und Josef Kunz, Alt-Nationalrat aus dem Kanton Luzern. In einem dritten Schritt haben sich dann noch die bäuerlichen Komitees der Deutschschweiz für die Unterstützung des Referendums entschieden. Hier sprechen wir von der NBKS, dem BBK und dem bäuerlichen Zentrum Schweiz, dem BZS.

**Wie steht es auf Seite der Verbände, wer hilft da mit?**

Berli: Hochstamm Suisse unterstützt das Referendum, ausserdem der Schaffhauser

## Zur Person

## Rudi Berli, Uiterre Genf



Der gelernte Gemüsegärtner Rudi Berli hat seine Schulzeit im Zürcher Säuliamt absolviert. Er arbeitet heute im ersten Vertragslandwirtschaftsprojekt der Schweiz, der Genossenschaft „Jardins de Cocagne“, die seit 35 Jahren 420 Genfer Familien mit biologischem, fair bezahltem Gemüse beliefert. Seit mehr als zehn Jahren engagiert er sich auch als Sekretär in der Bauerngewerkschaft Uiterre. Uiterre (früher Union des Producteurs Suisses), existiert seit 65 Jahren, hat heute acht kantonale Sektionen (davon zwei in der deutschen Schweiz). Uiterre engagiert sich für eine sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft und ist Schweizer Mitglied der internationalen Bauernbewegung La Via Campesina, die weltweit für das Recht auf Ernährungssouveränität kämpft. cs

Bauernverband. Weitere Unterstützung erhalten wir von dissidenten Mitgliedern der Kleinbauernvereinigung VKMB und von der Gruppe Bauernverband.

#### Wie verhalten sich die politischen Parteien in Bezug auf das Referendum gegen die AP 2014-17?

Berli: Von dieser Seite gibt es bis jetzt nur wenig offizielle Unterstützung. Die Grüne Partei Schweiz steht hinter der Agrarpolitik des Bundes. Doch die Genfer Grünen haben gerade eben beschlossen, das Referendum zu unterstützen. Wir haben Treffen geplant mit der SP und den Grünen. Bei der SVP hat man sich im Vorfeld für ein allfälliges Referendum ausgesprochen. Aber seither ist offiziell von dieser Seite noch nichts publik geworden. Allerdings sind wir derzeit auch nicht besonders schützig darauf, dass das Referendum jetzt schon verparteiopolitisiert wird.

#### Wie lief bei den Uiterre-Sektionen die Entscheidungsfindung für oder gegen das Referendum gegen die AP 2014-17 ab?

Berli: Wir haben uns mit den Fragen, die das Paket AP 2014-17 mit sich bringt, seit Längerem beschäftigt und fanden, dass hier etwas grundlegend falsch läuft. Dennoch haben wir uns an den Vernehmlassungen beteiligt. Der Erfolg war allerdings sehr bescheiden. Wir haben unsere Bedenken kaum einbringen können und unsere Argumente wurden kaum gehört. Während der parlamentarischen Arbeit im Parlament im Herbst 2012 haben wir in einer Uiterre-Arbeitsgruppe über das weitere Vorgehen beraten. Dort war die Tendenz eher für ein Referendum. Die Analyse war klar: Wir sind nicht zufrieden mit der AP 2014-17. Dieses Paket stellt einen Systemwechsel dar und wir sind nicht damit einverstanden, dass dieser Systemwechsel einfach so herbeigeführt wird, ohne dass darüber zuvor eine breite gesellschaftliche Diskussion stattgefunden hat.

#### Die Lancierung des Referendums war innerhalb der Bauerngewerkschaft Uiterre dann doch recht umstritten ...

Berli: Ja, das ist so. Die erste Entscheidung, die den Mitgliedern von Uiterre schwer gefallen ist, war, ob eine Initiative oder ein Referendum gegen die AP 2014-17 zielführender sei. Gleichzeitig ist die Angst bei beiden Varianten gross, dass unsere Gewerkschaft zu schwach sein könnte für ein solches grosses Unterfangen. Die Frage ist: Können wir uns genug Gehör verschaffen, um unsere Argumente für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft hörbar zu machen?

#### Gibt es auch viele unentschiedene Uiterre-Mitglieder?

Berli: Den Eindruck habe ich schon. Zahlreiche Mitglieder sind in einer schizophrenen Situation: Sie können erwarten, dass auf ihrem Betrieb die AP 2014-17 finanziell eine Besserstellung bringt. Gleichzeitig wissen sie aber auch, dass die AP 2014-17 für die Landwirtschaft und die Konsumenten insgesamt keine gute Sache ist. Zum Teil werden diese Spannungen zwischen dem „betrieblichen Gewissen“ und dem „politischen Gewissen“ offen ausgesprochen, zum Teil ahnt man sie als Zuhörer nur.

#### Wie haben sich die Uiterre-Mitglieder über die AP 2014-17 informiert?

Berli: Das ist ein Aspekt, der mir wichtig scheint. Wer konnte die schiere Masse der Informationen, die diese AP 2014-17 mit sich brachte, überhaupt verarbeiten? Im Uiterre-Büro konnte diese Informationsflut knapp bewältigt werden. Aber sonst? Die Bäuerinnen und Bauern sind mit dieser Schwemme total überfordert, ebenso wie die Politikerinnen und Politiker und so ziemlich jeder andere Interessierte, der das Paket nicht selbst mitgeschnürt hat. Für die Uiterre-internen Diskussionen war diese Ausgangslage unbefriedigend. Wir haben jedenfalls in der Diskussion nicht die Analysefähigkeit erreicht, die wir uns von uns selbst erhofft hätten.

#### Wer hat dies zu verantworten?

Berli: Eine Vorlage wie die AP 2014-17 wird in der Verwaltung erarbeitet. Es wäre ihre Aufgabe, diese Vorlage so aufzubereiten, dass sie mindestens halbwegs verständlich ist. Wenn man eine aufgeklärte parlamentarische Beratung und eine Teilnahme weiterer Kreise am politischen Meinungsbildungsprozess wünscht, dann wäre das doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wenn man das hingegen nicht will, dann ist die AP 2014-17 ein Musterbeispiel für Verwirrungstechnik. Manchmal habe ich den Eindruck, dass bewusst nicht mit offenen Karten gespielt wird.

#### Welche inhaltlichen Vorbehalte gegenüber die AP 2014-17 haben Sie konkret?



Uiterre-Kundgebung zum Thema Milchmarkt in Bern.

Foto: CS



Foto: CS

„Die AP 2014-17 zwingt die Direktzahlungen um jeden Preis in die WTO-Greenbox.“

Berli: Das mit Abstand problematischste an der AP 2014-17 ist, dass über die zentrale Frage, die der AP zugrunde liegt, nicht diskutiert wird, und statt dessen die Verteilung der Direktzahlungen in den Vordergrund geschoben wird. Die Polemik um die Direktzahlungen verdeckt die eigentliche Frage, die öffentlich diskutiert werden sollte: Wünscht eine Mehrheit der Bevölkerung, dass die Ausgestaltung der Direktzahlungen in erster Linie so erfolgt, dass diese WTO-konform sind und dass eine weitere Entkoppelung der Zahlungen von der Produktion stattfindet? Über das Ziel, die Direktzahlungen, koste es was es wolle, in die WTO-Green-Box packen zu können, darüber wird kaum debattiert. Auch die so genannte Qualitätsstrategie steht quasi unbestritten in der Landschaft, obwohl sie zu einer Entmündigung der Produzenten und Konsumenten führt, zugunsten des Einflusses von Industrie und Handel.

#### Gab es innerhalb von Uniterre diese Diskussion über die Neuverteilung der Direktzahlung auch?

Berli: Nein, bei uns geht man eher davon aus, dass es wohl kein Zufall ist, dass über die wichtigen Fragen nicht diskutiert wird, und stattdessen diejenigen Fragen ins Zentrum gerückt werden, die für die bäuerlichen Organisationen schwierig zu handhaben sind.

#### Wie beurteilen Sie die weitgehende Reduktion der Diskussionen zur AP 2014-17 auf die Direktzahlungsverteilung?

Berli: Diese Verteilungsthematik interessiert in technischer Hinsicht zwar auch mich, aber wie gesagt: Darum geht es bei der AP 2014-17 aus unserer Sicht gerade nicht. Im Übrigen ist diese Verteilungsdiskussion ja ein Teil



Foto: www.lavrille.ch

Am Referendum beteiligen sich neben drei Uniterre-Sektionen die Gruppe La Vrille, die Gruppe Landwirtschaft 2020 sowie die bäuerlichen Komitees und einzelne SVP-Exponenten.

des Problems. Da gibt es Spezialisten, die uns sagen, diese oder jene Betriebskategorie werde mehr Direktzahlungen erhalten, jene Kategorie hingegen weniger. Aber ehrlich: Wer kann diese Behauptungen, die ja auf Modellrechnungen basieren, seriös überprüfen? Man kann lediglich daran glauben oder nicht, aber das ist ja keine vernünftige Grundlage für eine sachliche Diskussion.

#### Wie interpretieren Sie die Reaktion der Bauernverbände auf die AP 2014-17?

Berli: Ich denke, dass viele Verbandsfunktionäre und Mitglieder der Bauernverbände Angst davor haben, in der innerbäuerlichen und in der öffentlichen Diskussion nicht bestehen zu können. Es tönt manchmal, wie wenn man das Gefühl hätte, ein 3.5-Mrd.-

Geschenk erhalten zu haben, das einem nicht ganz recht ist, das man aber zu verlieren befürchtet, wenn man das eigene Unwohlsein thematisiert.

#### Wie argumentieren Sie, wenn jemand solche Ängste äussert?

Berli: Ich fordere dazu auf, die Tatsachen im Auge zu behalten. Im Schnitt machen die Direktzahlungen 25 Prozent des Umsatzes von Landwirtschaftsbetrieben aus. 75 Prozent des für die Einkommensbildung relevanten Umsatzes kommen aus anderen Quellen, namentlich dem Verkauf von Nahrungsmitteln. Wer die AP 2014-17 beurteilen will, darf doch nicht nur an die Direktzahlungen denken, sondern muss auch prüfen, wie sich die AP auf das bäuerliche Einkommen aus-



Uniterre unterstützt junge Landwirtinnen und Landwirte bei der Suche nach Land zum bewirtschaften – und vermisst Signale in diese Richtung seitens der AP 2014-17.

wirkt. Und hier ist festzustellen: Gegen den Einkommenszerfall wegen zu tiefer Produzentenpreise unternimmt die AP 2014-17 gar nichts. Im Gegenteil, der Staat will sich noch weiter aus der Verantwortung bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen der Märkte zurückziehen. Ernährungspolitik soll weiter privatisiert und den dominanten Kräften des Marktes, sprich Handel, Industrie und Finanzplatz Schweiz, überlassen werden.

**Viele Deutschschweizer befürchten, in einer öffentlichen Diskussion über die Agrarpolitik keinen Stich zu haben. In der Deutschschweiz ist ja auch der Tonfall oft polemischer als in der Romandie, jedenfalls wenn es um Landwirtschaft geht.**

**Berli:** Wo bleibt das Selbstvertrauen, frage ich mich da. Natürlich haben die Bäuerinnen und Bauern die gesellschaftliche Kraft, ihre Argumente geltend zu machen. Es ist wichtig, dass wir unser politisches Verständnis in die Debatte einbringen, gerade wenn die unsachliche Polemik tonangebend ist. Und der Unterschied zwischen der Romandie und der Deutschschweiz: Klar gibt es den, aber der ist ja nicht naturgegeben. Das Klima würde sich in der Deutschschweiz auch ändern, wenn Bäuerinnen und Bauern systematisch den Dialog suchen würden mit breiten Teilen der Bevölkerung. Denn mit Werbung à la „Gut gibt es die Schweizer Bauern“ ist es ja nicht getan, wenn sich die Bauern gleichzeitig frustriert an die Stammtische zurückziehen. Ich bin also gar nicht pessimistisch. Wir Bäuerinnen und Bauern haben etwas zu sagen, die Bevölkerung interessiert sich für die Ernährung und wir haben auch in der Deutschschweiz genügend intelligente Bäuerinnen und Bauern, die in der Lage sind, inhaltlich wichtige Fragen verständlich zu kommunizieren.



Foto: www.ortoloco.ch

„Die Agrarpolitik verstärkt die Entmündigung von Produzenten und Konsumenten.“

**Wie hoch schätzen Sie das Risiko, dass die Landwirtschaft durch das Referendum mehr verliert als gewinnt?**

**Berli:** Davor habe ich überhaupt keine Angst. Wir müssen auf eine positive Veränderung hinarbeiten, sonst sind wir in vier Jahren bei der nächsten AP-Runde wieder gleich weit wie heute. Aus meiner Sicht wäre es unverantwortlich, sich jetzt dieser Diskussion zu entziehen. Erinnern wir uns: Vor 4 Jahren hat Uniterre das Referendum gegen die AP 2011 noch unterstützt, heute können sich nicht einmal mehr alle Uniterre-Sektionen dafür entscheiden. Das sagt auch etwas über unseren Zustand. Aber eben: Nur weil man gerade schwach ist, muss man sich doch nicht durch Passivität noch mehr schwächen. Und schon jetzt ist meine Bilanz positiv: Ohne Referendum hätten wir all diese Diskussionen der letzten Wochen, die sehr wichtig waren, nie führen können.

**Die Uniterre-Sektionen, die sich für das Referendum engagieren, sitzen beim Referendum in einem Boot, in dem auch Rechtsausserpolitiker sitzen, die die sozialen und gesellschaftlichen Anliegen von Uniterre gar nicht teilen. Haben Sie manchmal das Bedürfnis, sich abzugrenzen?**

**Berli:** Da gibt es zwei Aspekte zu unterscheiden. Klar, es gibt Leute, die man nicht öffentlich reden lassen sollte, weil das kontraproduktiv wäre. Aber ich habe keine Sorge. Bei den SVP-Politikern, die das Referendum unterstützen, gibt es genügend Personen, die über das nötige Fingerspitzengefühl verfügen, um dieses Problem im konkreten Fall realistisch einschätzen können. Und es versteht sich von selbst, dass wir inhaltlich nicht viel mit Leuten am Hut haben, die für das Referendum sind, weil sie auf Teufel komm raus produzieren wollen, ohne Rücksicht auf wirtschaftliche, ökologische und soziale Vorgaben. Aber ich teile die Berührungsängste nicht, die es auch innerhalb von Uniterre gegenüber parteipolitisch eher rechts angesiedelten Bäuerinnen und Bauern gibt. Eine solche Abgrenzung aus Prinzip finde ich nicht sinnvoll. Mir geht es darum, mit allen Interessierten gemeinsame Interessen zu identifizieren und diese gemeinsam zu verfolgen. Und da ist für mich klar: Eine Weichenstellung für eine zukunftsorientierte und wirklich nachhaltige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik muss zwingend in Zusammenarbeit mit der Grünen Partei zustande kommen. Da müssen wir noch viel Information vermitteln. Die SVP alleine bringt keine mehrheitsfähige positive Veränderung hin, aber die SVP gehört auch dazu, wenn es darum geht, zukunftsfähige Lösungen zu finden.

Die Fragen stellte Claudia Schreiber



Foto: Kurt Graf, Mont Soleil

„Welche Massnahmen sieht die AP 2014-17 vor, um den Milchproduzenten eine tiergerechte und soziale Milchproduktion zu ermöglichen? Keine.“